

Politisch-kommunikative Milieus

Notwendigkeit und Nutzen einer milieutheoretischen Analyse politischer Kommunikation

Ralph Weiß*

Lebenslagen und Formen der Lebensführung bestimmen darüber, ob und wie die medienvermittelte politische Kommunikation Einfluss auf politische Vorstellungen, Einstellungen und Handlungen ausübt. Auf diesen Zusammenhang stoßen sowohl die Kommunikationswissenschaft als auch die Politikwissenschaft bzw. die politische Soziologie. Der Beitrag diskutiert, inwieweit die Milieutheorie helfen könnte, den offenbar prägenden lebensweltlichen Kontext angemessen zu erfassen. Zunächst wird bilanziert, wie die kommunikationswissenschaftliche Forschung zur politischen Kommunikation die Relevanz von Dimensionen der Lebensführung zum Vorschein bringt. Daran schließt sich ein komplementärer Überblick an, wie die Politikwissenschaft bzw. die politische Soziologie die Bedeutung sozialstruktureller Dimensionen der Lebenslage für politische Einstellungen und Handlungen kennzeichnen. Abschließend wird der Milieubegriff als konzeptionelle Klammer genutzt, um Ansätze aus beiden disziplinären Perspektiven zusammenzuführen. Damit werden Grundlagen für eine milieutheoretisch instruierte Kommunikationsforschung skizziert, die zu ermitteln versteht, wie Formen politischer Kommunikation und Modi politischer Partizipation ineinander greifen und aus welchem lebensweltlichen Gefüge diese Zusammenhänge erwachsen.

Schlagworte: Politische Kommunikation, politische Milieus, politisierte Sozialstruktur, politische Partizipation

Zu den zentralen Arbeitsgebieten der Kommunikationswissenschaft gehört es, den Einfluss zu untersuchen, den Medien auf politisches Wissen, politische Einstellungen und Handlungen ausüben. Doris Gruber kommt in ihrer Übersicht über den Stand der Forschung zur politischen Kommunikation zu dem Schluss, es mangle an Einsichten in das Zusammenspiel von Merkmalen des Medieninhalts und Formen subjektiver Informationsverarbeitung, wobei Letztere von individuellen Ressourcen und Einstellungen geprägt seien (Gruber 2005: 490). Sie regt an, den für die Rolle der Medien maßgeblichen sozialen Kontext zu bestimmen, indem innerhalb einer Gesellschaft systematisch nach politischen „Subkulturen“ unterschieden wird (ebd.: 496). Gruber ruft damit eine Aufgabe in Erinnerung, der sich bereits die klassischen Wahlstudien der Kommunikationswissenschaft gestellt haben (Lazarsfeld u. a. 1944: 137). Der nachfolgende Text macht sich Grabers Forderung zu eigen. Er setzt sich mit der Frage auseinander, wie „Milieus“ als lebensweltlicher Rahmen politischer Kommunikation bestimmt werden können, und stützt sich dafür auf die Milieutheorie und die politische Sozialstrukturanalyse. Darüber hinaus wird diskutiert, inwieweit kommunikative Prozesse, wie sie die Kommunikationswissenschaft untersucht, konstitutiv in die Bildung politischer Milieus eingehen, so dass von politisch-kommunikativen Milieus die Rede sein kann.

In einem ersten Schritt wird betrachtet, wie kommunikationswissenschaftliche Studien auf die maßgebliche Bedeutung lebensweltlicher Kontexte stoßen und wie sie diese Bedeutung begrifflich und konzeptionell erfassen. Das wird anhand von exemplarischen Studien diskutiert. Sie sind nach folgenden Gesichtspunkten ausgewählt: Es handelt sich

* Mein Dank gilt Astrid Zipfel und Nicole Jenne für ihre Mitarbeit an diesem Text.

um zumeist jüngere Arbeiten, die den Stand der Forschung reflektieren und insofern repräsentieren können. Ausgesucht werden Studien, die bei der Analyse der Bedeutung von Medien explizit darauf eingehen, welche Rolle „Ressourcen“, Einstellungen oder Gruppenzugehörigkeiten spielen. Wenn sich zeigt, dass eine Studie auf die Relevanz einer Dimension der Lebensführung stößt, die im Rahmen des Forschungsdesigns nicht zufriedenstellend konzeptualisiert worden ist, wird im Anschluss daran gezielt eine solche Studie herangezogen, die eben diese Dimension berücksichtigt. Mit dieser Studie wird ebenso verfahren. Schritt für Schritt entsteht so ein Bild, wie die Kommunikationswissenschaft mit der von Graber gestellten Aufgabe umgeht, die prägende Bedeutung politischer „Subkulturen“ bzw. Milieus für die politische Kommunikation zu identifizieren.¹

In einem zweiten Schritt wird in Grundzügen dargestellt, welchen Begriff die Milieutheorie und die politische Sozialstrukturanalyse für den Zusammenhang von Lebenslagen und Lebensformen einerseits sowie politischen Einstellungen und Handlungen andererseits geben. Damit soll ein Literaturkorpus erschlossen werden, der ein Rahmenkonzept für die Analyse medienvermittelter politischer Kommunikation vorhält.

Der letzte Abschnitt führt die analytischen Ansätze aus Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft zusammen. Er gibt eine Übersicht über die Dimensionen, deren Zusammenhänge die Analyse politischer Kommunikation erfassen können sollte, um ihre lebensweltliche Validität und Tiefenschärfe zu verbessern. Der Nutzen einer solchen kontextsensiblen Betrachtungsweise erweist sich an ihrem heuristischen Potential – bei der Interpretation vorliegender Befunde und bei der Entwicklung weiterführender Fragestellungen. Das soll abschließend an wenigen Beispielen illustriert werden.

1. Formen und lebensweltliche Kontexte politischer Kommunikation aus der Perspektive der Kommunikationswissenschaft

Vom Mediengebrauch zur Partizipation und zurück

Der Einfluss von Medien auf das *politische Wissen* von Staatsbürgern gehört zu den wichtigen Forschungsfeldern bei der Analyse politischer Kommunikation. Denn Wissen bildet die Grundlage der Meinungsbildung und eine Voraussetzung des partizipativen Handelns. Eveland u. a. (2005) untersuchen den Zusammenhang zwischen personaler sowie medialer Kommunikation über Politik und politischem Wissen. Dabei wollen die Autoren die Richtung des Zusammenhangs klären. Dafür setzen sie ein Panel-Design ein. Die politische Kommunikation wird anhand der Häufigkeit der Nutzung von

1 Das Ziel der Darstellung ist keine kompendienartige Übersicht über den Forschungsstand zur politischen Kommunikation im Allgemeinen (siehe dafür beispielsweise Schulz 2008; Jarren / Sacher / Sarcinelli 1998), zu einem einzelnen Paradigma oder einem einzelnen Forschungsthema wie dem Wählen (siehe hierfür Falter / Schoen 2005; Dahlem 2001). Vielmehr geht es bei der Selektion und Darstellung der Studien darum, wie die kommunikationswissenschaftliche Forschung die spezifische Aufgabe bewältigt, den lebensweltlichen Kontext der politischen Kommunikation zu erfassen. Um darüber ein Urteil zu gewinnen, werden Arbeiten auf die eben beschriebene Weise miteinander verknüpft. Die Auswahl der diskutierten Studien erfolgt gezielt. Es hätten weitere Arbeiten herangezogen werden können. Vollständigkeit ist aber im Rahmen eines Aufsatzes weder möglich, noch für das Darstellungsanliegen nötig. Zu einem Einwand würde der Hinweis auf nicht berücksichtigte Arbeiten erst dann, wenn sie auf eine hier nicht behandelte Weise das Problem der Erfassung des Milieukontextes bereits bewältigten, also für das Thema von Bedeutung wären und zu einem anderen Bild des diesbezüglichen Forschungsstandes führten.

Nachrichten sowie der Beteiligung an politischen Diskussionen bestimmt. Daneben werden die soziodemographischen Kategorien Alter, Bildung, Geschlecht und Einkommen als exogene Prädiktoren sowohl für die politische Kommunikation wie für das politische Wissen (ebd.: 425) erfasst. Anhand von Strukturgleichungsmodellen kommt die Studie zu dem Schluss, politisches Wissen lasse sich tatsächlich als *Produkt* politischer Kommunikation beschreiben (ebd.: 438). Die Autoren räumen allerdings ein, dass es in ihrer Studie nicht gelingt, die Natur des gefundenen Zusammenhangs zu erhellen, und sie sich nicht einmal sicher sein können, dass er so existiert, wie sie ihn beschreiben.

„Our models have greatly oversimplified the complicated processes that occur between communication and knowledge acquisition, and, as such, even our best fitting model is probably wrong in an absolute sense. For instance, we assume no causal relationship between news use and political discussion, but this may be a flawed assumption.“ (Eveland u. a. 2005: 440)

Woher führt die Ungewissheit, die so weit reicht, dass der Zusammenhang von medialer Kommunikation und politischem Wissen am Ende kaum verlässlicher bestimmt scheint als zu Beginn der Unternehmung? Folgende für die Problemstellung offenbar wesentlichen Explananda sind bei der Analyse berührt worden, ohne im Rahmen des Forschungsdesigns geklärt worden zu sein:

- das Ineinandergreifen von personaler und medialer Kommunikation,
- der Prozess der Wissensaneignung und -verarbeitung in der Auseinandersetzung mit den Medieninhalten und durch Diskussionen,
- die Rolle, die die soziale Lage (indiziert durch Einkommen und Bildung) für die Kommunikation und ebenso für das Wissen spielt, wie die Autoren unterstellen und auch finden (Eveland u. a. 2005: 431), ohne diese Rolle näher zu charakterisieren.

Zu diesen klärungsbedürftigen Dimensionen finden sich weitere Studien, die den in Rede stehenden Zusammenhang untersuchen. Können sie ohne Weiteres anschließen und die Lücke schließen helfen, die die Arbeit von Eveland u. a. offenbart, ohne zugleich eine andere Lücke in der Erklärung zu öffnen? Lässt sich also eine konsistente Erklärung auf gleichsam additivem Wege gewinnen?

Eveland selbst legt in einer weiteren Studie gemeinsam mit Thomson (2006) Befunde dafür vor, dass neben der Häufigkeit der Nutzung politischer Informationen sowie der Häufigkeit politischer Diskussionen auch der *Grad der „Elaboration“* beider Prozesse positiv mit politischem Wissen assoziiert ist. Das führt eine nähere Differenzierung des Prozesses der Vorstellungsbildung ein, nimmt also das zweite oben genannte Explanandum in die Analyse mit auf. Mit dem weiterführenden Befund wird allerdings auch die neue Frage aufgeworfen, worauf die relevanten Unterschiede im Elaborationsgrad zurückgehen. Eveland und Thomson geben – ähnlich wie andere Studien – das *politische Interesse* als Faktor an, der auf Umfang und Art politischer Kommunikation und damit auch auf das politische Wissen maßgeblich Einfluss nehme. Aber inwiefern besteht das „politische Interesse“ noch in etwas anderem als in einer elaborierten Informationsverarbeitung – also in jener von dem Wissen um die Relevanz des Politischen und von dem Selbstbewusstsein der eigenen Kompetenz getragenen Routine der mediengestützten Wahrnehmung und Beurteilung der Politik, als deren Ursache sie vorgestellt wird? Wo diese konzeptionelle Identität der Kategorie „politisches Interesse“ nicht explizit ausgewiesen wird, kommt die empirische Beobachtung über eine Tautologie kaum hinaus.

Schulz (2001) tritt aus dem Zirkel heraus, indem er das Zusammenspiel zwischen *Modi der Informationsverarbeitung und medientypischen Darstellungsformen* im Hinblick auf politische Einstellungen und Handlungen diskutiert. Er nutzt dazu Befunde

der ALLBUS-Erhebung von 1998.² Schulz ermittelt, dass Menschen, die das Fernsehen intensiv nutzen, der Politik distanzierter gegenüberstehen, und bietet dafür folgende Erklärung an: Der Rezeptions- und Verarbeitungsmodus beim Fernsehen sei passiv und nehme „Einzelaspekte der Botschaft“ eher beiläufig wahr. Die Informationsaufnahme und -verarbeitung bei der Zeitungslektüre sei dagegen durch ein höheres Maß an Selektivität und Verarbeitungstiefe gekennzeichnet. Daher werde das Fernsehen auch von den eher Desinteressierten, die Zeitung verstärkt von den politisch Interessierten und Kompetenten genutzt (Schulz 2001: 181f.). Diese Erklärung verbindet Urteile über die medien spezifischen Muster der Darstellung von Politik mit auf sie gemünzen Modi der Rezeption, welche ihrerseits in Informationsinteressen wurzeln (ebd.: 185).

In diesem Gefüge spielt der Fernsehgebrauch eine markante Rolle. Intensive Fernsehnutzung markiert eine Verschiebung, bei der die Rolle des Wissens sowie der „Einflussüberzeugungen“ für die politische Partizipation geschwächt wird. Schulz liest diesen beobachtbaren Interaktionseffekt als Wirkungszusammenhang: Bei Menschen mit höherer Einflussüberzeugung gehe intensiveres Fernsehen tendenziell mit einer Demobilisierung einher (ebd.: 188-191). Dieser Zusammenhang lässt sich plausibel auf das skizzierte Zusammenspiel von ereigniszentriertem Darstellungsweise im Fernsehen und peripherem Verarbeitungsmodus beim Fernsehen zurückführen. Allerdings ist die Beziehung aufs Ganze gesehen schwach, so dass der Befund die Frage aufwirft, von welchen weiteren Umständen sie abhängt.³

Schulz selbst macht darauf aufmerksam, dass das Informationsinteresse und das damit korrespondierende Repertoire genutzter Informationsquellen den Einfluss des Fernsehens auf die Partizipation moderieren. Aber was reguliert den Unterschied im Informationsinteresse? Was unterscheidet die einen, die intensiv fernsehen und sich selbst bei hoher Einflussüberzeugung eher weniger politisch beteiligen, von den anderen, die sich in ihrer politischen Urteilsbildung stärker auf die Zeitung stützen und aus einer hohen Einflussüberzeugung auch eher politische Teilhabe folgen lassen? Ist das Informationsinteresse schon der selbstständige Grund oder nur ein beiläufiges Moment in einem Syndrom von Eigenschaften, das den Unterschied zwischen den beiden Modi politischer Kommunikation macht? Der Befund von Schulz weist darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen Fernsehnutzung und politischer Partizipation bei verschiedenen Typen resp. Teilgruppen unterschiedlich ausfällt. Das legt es nahe, die Analyse des Zusammenhangs für diese Teilgruppen zu differenzieren. Allerdings bedürfte es dafür einer tragfähigen Begründung, nach welchem *Prinzip* die Segmentierung erfolgen sollte.

Pinkleton und Austin (2001) nehmen denselben Zusammenhang von der Seite der politischen Einstellungen in den Blick. Sie kehren im Vergleich zu Schulz die Perspektive um und behandeln die politische Teilhabe nicht als Produkt, sondern als Grundlage des Mediengebrauchs. Auf Basis einer Befragung zu motivationalen und Einstellungsdimensionen kommen sie zu dem Schluss, die politische Teilhabe („political involvement“) entscheide über die wahrgenommene Bedeutung von Medien als Informationsquelle und damit über Art und Ausmaß ihres Gebrauchs.

2 Der Text bezeichnet klar die Grenzen der Aussagekraft der Studie, die sich aus einer Operationalisierung insbesondere der Nutzung von Medien ergeben, welche „weite Deutungsspielräume“ offen lässt (Schulz 2001: 171).

3 Schulz diskutiert mehrere denkbare Gründe für die „negativen Beziehungen zwischen Fernsehnutzung und politischer Mobilisierung“, kommt aber zu dem Schluss, dass sie sich mit dem ihm verfügbaren Datensatz nicht prüfen lassen (Schulz 2001: 192).

„The results suggest that involvement is a key variable in the political decision making process through its relationships with orientations toward information sources. Thus, media can serve as a catalyst for involved citizen decision making.“ (Pinkleton / Austin 2001: 321)

Die gebräuchliche Metapher des „*Katalysators*“ legt es nahe, Medien analytisch zu dezentrieren, das heißt sie nicht als eigenständigen „Faktor“, sondern eingeordnet in einen Prozess zu begreifen, dessen Charakteristik durch politikbezogene Haltungen bestimmt ist. Auch diese Haltungen und damit ihre Beziehung zum Mediengebrauch sind ihrerseits kontextgebunden. Jeffres, Atkin und Neuendorf (2002) stellen mit Blick auf die kommunale Ebene fest, „that political involvement and attitudes are more strongly related to reading the daily newspaper in the more distant suburbs than in the centre city“ (Jeffres / Atkin / Neuendorf 2002: 387). Die Bedeutung des Wohnorts für den Zusammenhang zwischen Zeitungsnutzung und politischer Teilhabe wird durch den Hinweis lesbar, dass die räumliche mit einer sozialen Segregation einhergeht. Die soziale Stratifikation und damit sozial ungleiche *Lebenslagen und Formen der Lebensführung* entscheiden darüber, wie die „*Katalysator*“-Funktion der Medien ausfällt. Das bringt die Studie zum Vorschein. Wie dieser Rahmen konfiguriert ist und wie Modi politischer Kommunikation in diese Konfiguration eingeordnet sind, wird von der Studie nicht näher bestimmt.

Die von Wirkungsstudien ausgelegte Spur führt demnach vom Einfluss des Mediengebrauchs auf politisches Wissen (Eveland u. a. 2005) und politische Partizipationsbereitschaft (Schulz 2001) zur Bedeutung von subjektiven Verarbeitungsprozessen (Eveland / Thomson 2006); die hängen ihrerseits vom Grad der Informiertheit oder dem Ausmaß der routinierten Teilhabe am politischen Geschehen sowie von politischen Einstellungen und übergreifenden Wertorientierungen ab (Pinkleton / Austin 2001, Sotirovic / McLeod 2001, Valentino / Beckmann / Buhr 2001), welche wiederum mit Merkmalen wie Bildung, Alter, beruflichem Status assoziiert sind, die die soziale Lage der betreffenden Person markieren (siehe hierzu auch die entsprechenden Hinweise in der resümierenden Darstellung von Graber [2005: 486f.]). Die Durchsicht der Studien führt stets vor die Aufgabe, den lebensweltlichen Kontext systematisch klassifizieren zu können, der augenscheinlich darüber entscheidet, wie die Zusammenhänge zwischen Mediengebrauch, Modus der Urteilsbildung und politischer Partizipation ausgeprägt sind. Ob die Analyse von der Mediennutzung ausgeht und die politische Partizipation als „abhängige Variable“ untersucht oder den umgekehrten Weg beschreitet, beide Analyseperspektiven landen bei der lebensweltlichen Kontextgebundenheit der Formen und Effekte politischer Kommunikation. Dieser Kontext behält innerhalb dieser Studien aber den Status einer bloßen Randbedingung, die anhand einzelner, immer wieder wechselnd ausgewählter Merkmale indiziert, aber nicht in einer konzeptionell anspruchsvollen Weise erfasst wird. In der Folge lässt sich dann aber auch die Analyse des Zusammenhangs zwischen Mediengebrauch und politischer Teilhabe nicht zu einem zufriedenstellenden Abschluss bringen.

Soziale Netzwerke als differenzierender lebensweltlicher Kontext

Einen Schritt zur Aufhellung des lebensweltlichen Kontextes gehen solche Studien, die die Rolle von *sozialen Netzwerken* und der in ihnen realisierten personalen politischen

Kommunikation untersuchen.⁴ Scheufele u. a. (2004) untersuchen das Zusammenspiel zwischen der sozialen Verortung von Netzwerken politischer Kommunikation (Arbeitsplatz, Kirchengemeinde, Freiwilligeninitiative), der Heterogenität der in diesen Netzwerken umlaufenden Meinungen und beider Faktoren Einfluss auf Partizipation, Nachrichtennutzung und Wissen.⁵ Je nach sozial situiertem Netzwerk ergeben sich unterschiedliche Beziehungsmuster.

„Volunteer-based discussion networks were the only socio-structural variable directly linked to political participation ($\beta=0.16$). This direct link was supplemented by a number of indirect pathways worked through network heterogeneity, as outlined earlier, but also through the links between volunteer-based networks and newspaper hard news use ($\beta=0.12$) and television hard news use ($\beta=0.09$).“ (Scheufele u. a. 2004: 328)

Dagegen haben Diskussionen am Arbeitsplatz oder in Kirchengemeinden allenfalls eine indirekte, von der Heterogenität der Meinungen und der Intensität der Informationsnutzung getragene Beziehung zur politischen Partizipation (ebd.: 330). Die besondere Leistung dieser Studie liegt darin, die spezifische *soziale Situierung und Prägung von Kommunikationsnetzwerken* zum Gegenstand zu machen und aufzuzeigen, wie sich die personale Kommunikationspraxis mit medialer Kommunikation und politischer Praxis zu einem Muster zusammenfügt.⁶ Die Studie kann plausibel erläutern, warum von der Einbindung in Freiwilligeninitiativen ein anderer Einfluss auf Kommunikations- und Partizipationsformen als von derjenigen in eine Kirchengemeinde erwartet werden kann. Aber es fehlt eine über die erwartete Differenz hinausgehende Begründung, wie sich partizipationsrelevante Netzwerke konstituieren und welche daher unterschieden werden sollten.

Hier setzt die Studie von Shah (1998) an. Sie diskutiert die Faktoren, die in die soziale Vernetzung eingehen (Bildungsressourcen, finanzielle und zeitliche Restriktionen, politische Interessiertheit und andere) (Shah 1998: 474). Mit Blick auf Putnams These, das Fernsehen habe zum Niedergang des Sozialkapitals und daher auch des bürgerschaftlichen Engagements geführt, prüft Shah, inwieweit die Fernsehnutzung zu der Reihe der konstitutiven Faktoren des „Sozialkapitals“ hinzutritt und wie sie mit den anderen verbunden ist. Dabei differenziert er die Fernsehnutzung nach Genres und stellt damit in Rechnung, dass im Widerspruch zu Putnams pauschaler Auffassung auch ein positiver Zusammenhang zwischen der Nutzung von Fernsehinformationssendungen und poli-

4 Entsprechende Forschungsanstrengungen haben zwei Quellen. Die Wählerforschung untersucht die bestimmenden Faktoren der Wahlentscheidung und im Zuge dessen auch das Verhältnis von medialer und personaler Kommunikation (Schmitt-Beck 2003). Daneben hat Putnams These zur Rolle des „Sozialkapitals“ eine Reihe von Versuchen angestoßen, die Bedeutung von Netzwerken und ihres Zusammenhangs zur Medienkommunikation im Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation zu klären.

5 Bivariate Zusammenhänge zwischen diesen Faktoren wurden vielfach untersucht. So zeigt Eveland (2004), dass Diskussionen eine vertiefte Elaboration der informationsverarbeitenden Meinungsbildung – teils in Vorwegnahme der Debatte – anstoßen können. Price u. a. (2002) bestätigen, dass die Konfrontation mit gegenläufigen Ansichten die Fähigkeit erhöht, eigene Ansichten argumentativ zu untermauern sowie die Gründe widerstreitender Auffassungen zu kennen. Die besondere Leistung der Studie von Scheufele u. a. (2004) liegt darin, die soziale Rahmung solcher Prozesse zu berücksichtigen.

6 In ähnlicher Weise können Moy und Gastil (2006) zeigen, dass die Ausprägung medialer und personaler politischer Kommunikation und ihr Zusammenhang zum Grad der Deliberation von Größe, Heterogenität und sozialer Positionierung von Netzwerken beeinflusst werden.

tischer Partizipation festgestellt worden ist. Shah kann mittels multivariater Regressionsrechnungen zeigen:

“Many of the demographic, situational / contextual, orientational, and attitudinal variables suggested by previous research do play a role in the individual level-production of social capital. More important the findings suggest that the gratifications viewers fulfil from their use of different television genres have serious implications for the study of social capital.” (Shah 1998: 488f.)

Die Analysestrategie kann sich also darüber Gewissheit verschaffen, *dass* bzw. ob Faktoren eine Rolle spielen. Shah plädiert am Ende dafür, die Erklärung politischer Partizipation in dem *Zusammenspiel* von Lebensumständen und -erfahrungen, darin wurzelnden Kommunikationsroutinen und politischen Haltungen zu suchen.

„Younger and less educated people, those who have experienced divorce or live in densely populated areas, and those who are not political partisans, newspaper readers, or otherwise interested in politics were found to be less engaged in civic life, as were people who are concerned about their finances, discontented with their lives, or unabsorbed in activities. Similarly, younger people, those with lower incomes, blacks, and individuals who are discontented with their lives and lack faith in social institutions were found to be less trusting of other people. Instead of focussing on a single culprit, future research...should...include an array of relevant variables.” (ebd.: 491)

Aber die „Reihe“ aufgelisteter Variablen erzeugt ein unübersichtliches Bild, in dem Personen nach- und nebeneinander nach einzelnen Merkmalen unterschieden werden. Sie bringt noch nicht die „Anordnung“ zum Vorschein, in der sich die Ausprägung dieser Merkmale regelhaft zu Mustern zusammenfügt. Und sie lässt auch noch nicht das generative Prinzip erkennen, nach dem diese Anordnung realisiert wird.

Offene Fragen und eine ergänzende Analysestrategie: Typologisierung von „Subgruppen“

Aus der Diskussion exemplarischer Studien zum Zusammenhang zwischen Mediengebrauch und politischer Teilhabe lassen sich Thesen zu den Leistungen und offenen Fragen kommunikationswissenschaftlicher Forschung festhalten:

1. Die Studien bearbeiten eine komplexe Vielzahl von Momenten politischer Kommunikation: Formate und Qualitäten der medialen Darstellung von Politik, Modi der Rezeption und Verarbeitung medialer Politikbilder, die personale politische Kommunikation in sozialen Netzwerken sowie deren kommunikationsrelevante Eigenarten (wie Größe, Dichte, Heterogenität), subjektive politische Vorstellungen (politisches Wissen, Bewertung von Policy-Optionen oder Policy-Output, Bewertungen des politischen Systems) und politische Handlungsbereitschaften sowie Handlungsweisen. Diese Größen werden miteinander in Beziehung gesetzt, um zu ermitteln, wie sie voneinander abhängen. Gerade komplexe Designs machen dabei darauf aufmerksam, dass der Zusammenhang zwischen Mediengebrauch und politischer Partizipation durch mehrstufig miteinander verschränkte Dimensionen vermittelt ist – Modi der Aneignung und Verarbeitung medialer Informationen, Wertorientierungen, die Einbindung in soziale Netzwerke u. a. Dabei nimmt der Mediengebrauch innerhalb dieser Konfigurationen eine ganz unterschiedliche Bedeutung für die politische Teilhabe ein – mal im Sinne eines „vicious circle“, mal im Sinne eines „virtuous circle“. Der Mediengebrauch ist offenbar eingebaut in ein Gefüge, das sich aus kommunikativen und sozialen Praktiken, ihnen zugrunde liegenden Ressourcen und ihnen vorausgehenden Lebensbedingungen, auf die die Praktiken abgestimmt sind, zusammensetzt.

- Die an Regressionen, Faktoren und Pfadstärken interessierte Vorgehensweise kann ermitteln, wie stark die *Zusammenhänge zwischen Variablen* in diesem Gefüge sind. Die Differenzierung dieser Zusammenhänge in verschiedenen „Subgruppen“ wird dabei anhand einzelner Variablen beschreibbar. Auch wenn mehrere Einzelmerkmale additiv aneinandergereiht werden (wie beispielsweise in dem zuletzt wiedergegebenen Zitat von Shah), lässt sich auf diese Weise noch kein plastisches Bild davon gewinnen, wie der lebensweltliche Kontext *konfiguriert* ist, der über die Rolle des Mediengebrauchs entscheidet. Daher scheint ergänzend eine Analysestrategie wünschenswert, die zum Vorschein bringt, wie sich die *Ausprägungen* der relevanten Dimensionen – Lebenslagen, Ressourcen, Orientierungen, Kommunikationsroutinen – zu *typischen Mustern* zusammenfügen. Anhand solcher Muster ließen sich „Subgruppen“ im Sinne Grabers beschreiben, für die dann jeweils differenziert charakterisiert werden kann, wie die relevanten Zusammenhänge – wie beispielsweise zwischen der Fernsehnutzung und der Partizipationsbereitschaft – ausfallen.⁷
2. Wie lassen sich „Subgruppen“ auf begründete Weise unterscheiden? Die kommunikationswissenschaftlichen Studien berücksichtigen von dem lebensweltlichen Kontext ganz unterschiedliche Momente (oder auch gleichartige Elemente in unterschiedlicher Weise) – Bildungsgrade, politisches Interesse, Wertorientierungen, Sozialkapital, sozialer Status. Die Bezüge auf Grundlagen und Formen der Lebensführung bleiben ganz disparat. Das vereitelt eine wechselseitige Anschlussfähigkeit der Studien aneinander. Lohnend scheint daher die Mühe einer stringenteren *theoriegeleiteten Klärung*, wie sich die für die politische Kommunikation relevanten lebensweltlichen Kontexte bestimmen lassen.

Beide Desiderata lenken den Blick auf die Milieuforschung. Denn sie bietet inhaltlich eine Auskunft darüber an, wie der lebensweltliche Kontext konfiguriert ist, in dem sich die Muster politischer Kommunikation ausbilden. Und sie liefert methodisch ein Beispiel für eine typologisierende Analysestrategie.

2. Die soziologische Analyse politischer Milieus

Die Milieuforschung vermisst das Tableau gesellschaftlicher Lebensformen, welches in der Verfügung über Ressourcen der Lebensführung vertikal geschichtet und durch die Gleichzeitigkeit distinkter Wertorientierungen horizontal differenziert ist. Diese Forschungsrichtung ist in die Analyse politischer Einstellungen und Handlungen hinein ausgedehnt worden. Lässt sie sich auch für die Untersuchung der politischen Kommunikation fruchtbar machen? Um darüber Klarheit zu gewinnen, wird zunächst skizziert, wie die Milieuforschung ihren Gegenstand definiert und in welchen Dimensionen sie „Milieus“ charakterisiert. Im nächsten Schritt wird die Diskussion über die sozialstrukturellen Grundlagen politischen Handelns daraufhin inspiriert, was sich ihr über die lebensweltlichen Voraussetzungen politischer Kommunikation entnehmen lässt.

Milieu und Habitus

Soziale Milieus zeichnen sich – Hradil zufolge – durch ihre „Mentalität“ aus, das heißt ein System handlungsleitender Werthaltungen und Weltdeutungen:

⁷ Stein und Kelleter (2002) verbinden die Regressionsanalyse mit einer simultanen Differenzierung heterogener Subpopulationen. Der Beitrag soll die Leistungsfähigkeit der Methode illustrieren. Er macht deutlich, dass eine theoriegeleitete Entscheidung über die Segmentierung der „Subpopulationen“ wünschenswert ist.

„In der neueren Forschung werden unter ‚sozialen Milieus‘ üblicherweise Gruppen Gleichgesinnter verstanden, die jeweils ähnliche Werthaltungen, Prinzipien der Lebensgestaltung, Beziehungen zu Mitmenschen und Mentalitäten aufweisen. Im Kern werden sie also durch ‚psychologisch tief sitzende‘ psychische Dispositionen definiert. Diejenigen, die dem gleichen sozialen Milieu angehören, interpretieren und gestalten ihre Umwelt folglich in ähnlicher Weise und unterscheiden sich dadurch von anderen sozialen Milieus.“ (Hradil 2006: 4; siehe gleichartig auch schon ders. 1996: 15f.)

Diese Mentalitäten wurzeln „in der praktischen Auseinandersetzung mit aktuellen Lebensbedingungen und historischen Hinterlassenschaften“ (Hradil 2006: 5). Es ist weithin umstritten, dass die sozialstrukturell bestimmten Bedingungen der Lebensführung Milieus prägen (Hradil 2006: 7). Der Versuch, den Einfluss sozistruktureller Faktoren auf Elemente der Lebensführung empirisch abzuschätzen, führt jedoch zu dem Schluss, dass „viel Raum für Wahl- und Entscheidungsprozesse“ bleibt (Hradil 1996: 22). Die sozial ungleich zugemessenen *Bedingungen* und Ressourcen der Lebensführung allein können also noch nicht erklären, welche Strategien im Umgang mit der jeweiligen sozialen Lage zu einem Lebensprojekt ausgeformt werden (Hradil 2001: 279f.).

In der Pluralität der Mentalitäten unter Angehörigen derselben „Schicht“ fällt allerdings eine zweite Regelmäßigkeit auf, die diese Vielfalt strukturiert. Mit der Zugehörigkeit zu einer Kohorte verbinden sich geteilte Erfahrungen mit politischen Geltungsansprüchen und gesellschaftsweit wirksamen materiellen Existenzbedingungen sowie in diesen Erfahrungen wurzelnde Vorstellungen des Notwendigen und Richtigen. Daher wird die „Kohortenzugehörigkeit“ zur zweiten Dimension, die Milieus bestimmt.

„Neben der Schichtzugehörigkeit lenkt u. a. auch die Kohortenzugehörigkeit die Menschen in bestimmte Milieus: Ältere Menschen, die in Zeiten des materiellen Mangels und autoritärer Ordnung aufgewachsen sind, haben sich meist andere Mentalitäten bewahrt als Menschen im mittleren Alter, die im Wohlstand und in der 1960er Zeit ihre wichtigsten Prägungen erfahren haben.“ (Hradil 2006: 7)

Inhaltlich im Kern übereinstimmend nimmt Otte für seinen konzeptionellen Neuansatz der Lebensstilforschung zwei Hauptdimensionen an, die Lebensstile konstituieren: das „Ausstattungsniveau“ in der „Verfügung über ökonomisches und kulturelles Kapital“ sowie die „Modernität“ der Mentalitäten (Otte 2004: 70-77). Diese *Modernität* ist einerseits durch die für eine Kohorte typische Prägung durch zeitgeschichtlich vorherrschende Wertorientierungen bestimmt. Otte berücksichtigt darüber hinaus als weitere Dimension die „biographische Perspektive“, für die sich je nach Phase im Lebenszyklus (Ausbildung, frühes Erwerbsleben / Familiengründung, fortgeschrittenes Erwerbsleben / Veränderung des Familiengefüges, Rentnerdasein) und bisherigem Curriculum Vitae die Aussicht auf Handlungsoptionen öffnet oder aber schließt.

Die Milieuforschung will erklären, wie im Umgang mit lagebestimmten Ressourcen, beeindruckt durch kohortenspezifisch vorherrschende Wertorientierungen und durch die biographische Position perspektiviert eine „*Handlungslogik*“ ausgebildet wird, die der Lebensführung ihren Zusammenhang und ihr typisches Gepräge gibt.⁸ Otte zufolge legt Bourdieu mit seiner Theorie der Praxis ein Konzept vor, das Maßstäbe für die „theoretische Erklärung der Genese und der Wirkungen der Lebensführungen“ setzt (Otte 2004: 83). In dessen Zentrum steht die Kategorie „*Habitus*“. Bourdieu bestimmt den Habitus als eine subjektive Struktur aus Klassifikationschemata und Regeln, die nach Art einer generativen Grammatik die Wahrnehmungs- und Handlungsweisen der Akteure bestimmt. Diese strukturierende subjektive Struktur sei ihrerseits strukturiert

8 Otte moniert, es fehle vielen Lebensstilstudien eine solche *Erklärung* des von ihnen beschriebenen Gefüges von Einstellungen und Handlungsformen (Otte 2004: 12, 31, 44).

durch die Position in einer Hierarchie gesellschaftlicher Lagen, in Sonderheit durch Ausmaß und Zusammensetzung des individuell verfügbaren ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapitals sowie die in verschiedenen sozialen „Feldern“ objektiv vorgegebenen Regeln, welcher Kapitaleinsatz zum Erfolg führt. Diese Prägung sorgt dafür, dass die durch den Habitus generierten Handlungsweisen auf die Vorgaben des sozialen Ortes abgestimmt sind (Bourdieu 1989).

Hradil (2006) gibt in seinem Überblicksbeitrag eine stark verdichtete Illustration für die von Bourdieu bezeichnete Homologie zwischen dem Reglement der objektiven sozialen Lage und den generativen Regeln des subjektiven Habitus:

„Während also der Habitus der Arbeiterklasse ein ‚Sich-Einrichten‘ in gegebenen Verhältnissen nahelege, sei der Habitus des *Kleinbürgertums* – seiner Mittellage entsprechend – auf sozialen Aufstieg, auf die ehrgeizige, teils ängstliche, teils plakative Erfüllung vorgegebener kultureller Normen ausgerichtet, auch in Fragen der Bildung und des Geschmacks. Der Habitus des Kleinbürgertums bedeute angestrengtes Bemühen, das ‚Richtige‘ zu tun.“ (Hradil 2006: 6)⁹

Hier ist nicht der Ort, Leistung und Widersprüche von Bourdieus Habitus-Begriff zu diskutieren (vgl. hierzu Weiß 2009). Es kann aber von Bourdieus Theorie und ihrer Rezeption in der Milieuforschung die Aufgabe festgehalten werden, die „Homologie“ von Lebensumständen, (politischen) Einstellungen und Handlungsmustern zu erklären.

Politische Milieus

Das ist Vorgabe und Maß für die Analyse der Zusammenhänge zwischen sozialen Lagen und politischen Mentalitäten und Handlungsweisen. Gibt es Anzeichen für die Existenz *politischer Milieus*? In der politikwissenschaftlichen Literatur¹⁰ werden mehrere Gründe für die Wiederaufnahme der Diskussion über die „*politisierte Sozialstruktur*“ (Pappi) geltend gemacht. Zunächst können Studien die Persistenz traditioneller Koalitionen – einerseits zwischen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern und der Sozialdemokratie und andererseits zwischen katholischen Kirchgängern und der konservativen Volkspartei – nachweisen, „wenn auch mit dem eingebauten Abbaumechanismus, der in der Generationenfolge liegt“ (Pappi 2002: 40; siehe auch die Befunde von Müller [1998, 2000] im Folgenden). Zudem ist in Rechnung zu stellen, dass die Aufweichung klarer „Koalitionen“ zwischen sozialen Gruppen und Parteien nicht nur auf Veränderungen auf Seiten der sozialen Gruppierungen (in ihrer Größe und in der Homogenität ihrer Interessenlagen) zurückgehen kann. Auch der Wandel der Parteien, die von sich aus die enge Ausrichtung auf die Interessen sozialer Gruppen kündigen, kann den Zusammenhalt relativieren, ohne dass dies als Zeichen für die abnehmende Bedeutung sozialstrukturell beschreibbarer Grundlagen für politikbezogene Interessen und Erwartungen gelesen werden kann (Schoen 2005: 154). So kommt Gattig in seiner Analyse der „Klasseneneinflüsse auf das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung“ in Deutschland und den USA zu dem Schluss, „dass die Abnahme des Klassenwahlverhaltens auf die zunehmende Frustration der manuellen Klassen über die Auswirkungen politischer Umverteilung zurückzuführen ist“ (Gattig 2006: 510), mit der gerade sozialdemokratische Parteien den Wohlfahrtsstaatkonsens revidiert haben.¹¹ Die Fokussierung der Analyse auf die Wahl-

9 Vergleiche auch Vester (2006: 11).

10 Siehe hierzu die Übersicht von Schoen (2005) sowie die Beiträge in dem von Brettschneider (2002) herausgegebenen Sammelband. Eine knappe Übersicht, die die Diskussionslinien zu Thesen verdichtet, gibt auch Müller (1998: 3-6).

11 Siehe hierzu auch Brettschneider / Deth / Roller (2002: 10f).

entscheidung sorgt demnach für eine Engführung, der die anhaltende Bedeutung sozi-alstrukturell geprägter Interessen für politische Erwartungen und Vorstellungen entgeht. Konzeptionell macht es mehr Sinn, zwischen dem milieugebundenen Gesellschafts- und Staatsverständnis und der Zuordnung zu einem politischen Lager, das sich über Parteien und Parteikoalitionen definieren lässt, zu unterscheiden (Geiling / Vester 2007). Um die Bedeutung der Sozialstruktur für die Politik zu erfassen, ist zudem die Betrachtung über das Wählen hinaus auf politische Leitvorstellungen sowie Formen der Partizipation jenseits des Wählens zu erweitern.¹² Welche Beobachtungen stellen sich dann ein?

Otte untersucht, ob sich „Segmente“ politischer Kultur auf soziale Milieus bzw. Lebensführungstypen zurückführen lassen. Dabei bestimmt er Lebensführungstypen im Sinne des von Hradil definierten Milieubegriffs durch die Verbindung von Mentalitäten (Wertorientierungen, die entlang der „Modernitätsachse“ geordnet sind) und lageabhängigen Ressourcen („Ausstattungsniveau“). Otte ermittelt eine Reihe von Korrespondenzen, durch die sich die Konturen politischer „Segmente“¹³ abzeichnen:

- ein „christlich-konservatives Segment“, gebildet aus dem statusorientierten Kleinbürgertum und dem gehobenen Bürgertum, welches die Teilnahme an der Wahl als seine Bürgerpflicht begreift und sich ansonsten durch eine karitative Orientierung auszeichnet;
- ein „sozialdemokratisches Segment“, gebildet aus Arbeitern und Angehörigen der unteren Mittelschicht, welche sich insgesamt schwach politisiert zeigen und – oft Gewerkschaftsmitglieder – ihre Interessen an Organisationen delegiert wissen;
- ein „entfaltungsorientiert-libertäres Segment“, das in „modernisierten“ Akademikermilieus anzutreffen ist, aus dem sich soziale Bewegungen rekrutieren und dessen Angehörige sich durch die Grünen, teils auch durch die FDP und den Wirtschaftsliberalismus der Berufsverbände repräsentiert sehen (Otte 2004: 340).¹⁴

Aber was *konstituiert* diese politischen Segmente? Darauf gibt Müller (1998, 2000) eine Antwort, die das Bild zudem differenziert und präzisiert. In das Zentrum seiner Studie rückt er den Zusammenhang von Wahlpräferenzen und Zugehörigkeit zu Berufsklassen. Den Einfluss der Berufsklassenzugehörigkeit prüft Müller unter Kontrolle einer Reihe weiterer Faktoren, wie Bildung, Religion, Geschlecht u. a. (Müller 1998: 14f.). Als zentrale Innovation gegenüber gleichartigen Studien setzt Müller eine Weiterentwicklung des Goldthorpschen (Berufs-)Klassenschemas ein, indem er die „neue Mittelklasse“ der Angehörigen von Dienstleistungsberufen in drei Segmente differenziert: die „administrative Dienstklasse“ der Manager in Leitungsfunktionen, die „Experten“ natur- und ingenieurwissenschaftlichen Sachverständes sowie die Angehörigen sozialer, bildungsbezogener und kultureller Dienste (ebd.: 7f.). Müller stellt fest: Die „Konturen der klassischen Klassenspaltung“ in der Wahlpräferenz zwischen überwiegend konservativem Kleinbürgertum und stärker sozialdemokratischer Arbeiterschaft werden zwar etwas schwächer, bleiben aber doch „recht stabil“ (ebd.: 37; 2000: 793). Zwischen den Segmenten der Dienstklasse deckt Müller deutliche Differenzen auf. „Manager und Verwaltungsfunktionäre“ zeigen eine große Nähe zu konservativen Parteien (Müller 1998: 37). „Die größte Nähe zur Partei der Neuen Politik haben die sozialen und kulturellen

12 So auch eine Forderung von Müller (1998: 41).

13 Im Sinne von Geiling und Vester (2007) wäre von „politischen Lagern“ zu sprechen, in denen Angehörige unterschiedlicher Milieus aufgrund partiell sich überschneidender politischer Grundorientierungen zu „Koalitionen“ zusammenfinden.

14 Mochmann und El-Menouar (2005) gelangen auf anderem methodischen Wege zu einem ähnlichen Resultat und bestätigen daher die Segmentierung.

Dienste. Sie bilden eine Art strukturellen Kern des Grünwählens“ (ebd.: 37; 2000: 790).¹⁵

Die „klassenstrukturellen Prägungen der Präferenzen“ für Parteien (Müller 1998: 40) führt Müller auf Interessen zurück, die der für ein Berufsfeld je typischen „*Handlungslogik*“ entspringen. So nimmt Müller an, dass die „Ausübung delegierter Autorität“ durch die „administrative Dienstklasse“ eine hohe Identifikation mit dem Organisations- respektive Unternehmenszweck erforderlich macht, die in „ähnliche politische Orientierungen wie die (der) Besitzklasse“ hineinführe (ebd.: 8). Demgegenüber sei für die Angehörigen sozialer und kultureller Dienste kennzeichnend, dass sie die Ausübung ihrer Berufe auf professionelle Normen begründen und dafür gegenüber der Organisation Eigenverantwortung und Autonomie verlangen. Zudem orientierten sie sich an den Belangen ihrer Klienten, die sie gleichsam advokatorisch auch gegen Organisations- zwänge kritisch geltend machen (ebd.: 8).

Über die Diagnose empirischer Assoziationen hinausgehend entwirft Müller so eine theoretisch begründete *Ableitung* politischer Haltungen und Präferenzen aus der Handlungslogik der beruflichen Stellung. Müller stützt sich dabei auf Plausibilitätsüberlegungen.¹⁶ Er beschränkt seine Betrachtung allerdings auf die von ihm differenzierten drei Segmente der Dienstklasse.

Demgegenüber sind die Überlegungen von Kitschelt (1994) umfassender angelegt. Kitschelt leitet politische Haltungen aus der Erwerbsgrundlage (Eigentum oder Lohnarbeit), dem Sektor der Erwerbstätigkeit (öffentlicher Dienst, weltmarktorientiertes oder regional orientiertes Unternehmen) sowie der Stellung im Erwerbsleben (Autonomie versus Hierarchie, kommunikativ-soziale versus standardisierte objektbezogene Tätigkeiten) ab (Kitschelt 1994: 12-30). Aus der Verbindung dieser Merkmale der beruflichen Lage begründet er die Ausprägung politischer Einstellungen in zwei Dimensionen: einerseits wirtschaftsliberale im Gegensatz zu sozialstaatlichen Politikpräferenzen, andererseits autoritäre versus libertäre gesellschaftspolitische Positionen. Kitschelts Herangehensweise wird in der Wahlforschung zwar rezipiert (Schoen 2005: 171), aber kaum repliziert. Insofern ist die systematische theoriegeleitete Analyse des Zusammenhangs von beruflicher Handlungslogik und politischer Haltung ein Desiderat.¹⁷ Offen bleibt ferner – worauf Müller selbst hinweist (1998: 41) –, welche Zusammenhänge sich zwischen sozialstrukturell geprägter Handlungslogik und weiteren Formen politischer Partizipation bzw. politischer Distanz ableiten und finden lassen.

15 Müllers von Berufsklassen ausgehende Betrachtung differenziert das von Otte (2004) sowie Mochmann / El-Menouar (2005) unter Einschluss von Wertorientierungen gezeichnete Bild eines „entfaltungsorientiert-libertären Segments“, in dessen Porträt mehrere Dienstklassen verschmolzen scheinen, so dass wirtschaftsliberale mit sozialstaatlich-klientelorientierten Positionen fusioniert werden.

16 Er zieht außerdem verstreute Bemerkungen in der Literatur mit gleichartigem Status heran.

17 Auch die Referenzstudie von Goldthorpe u. a. (1970) kann erklärtermaßen nicht angeben, welche Regeln die gefundenen Zusammenhänge zwischen beruflicher Position, sozialen Netzwerken, Lebensformen und politischen Einstellungen begründen (Goldthorpe u. a. 1970: 89). Zudem haben Goldthorpe u. a. ihre Beobachtungen in einer englischen Industriestadt Mitte der 1960er Jahre angestellt. Was davon in der bundesdeutschen Gesellschaft der Gegenwart gilt, wäre zu prüfen.

Hier schließt die Arbeit von Roßteutscher (2002) an.¹⁸ Roßteutscher ermittelt auf der Basis von acht verschiedenen Wertdimensionen, wie Selbstverwirklichung, Leistung, Materialismus, Solidarität u. a., mittels einer Clusteranalyse „Wertegemeinschaften“ in der westdeutschen Gesellschaft und untersucht sodann mit Diskriminanzanalysen, inwieweit sich diese Wertegemeinschaften sozial verorten lassen (Roßteutscher 2002: 356f.). Sie stößt dabei auf folgende Zusammenhänge: Das Weltbild eines verantwortungsorientierten Konservatismus, der die Wertschätzung persönlicher Autonomie mit der starken Betonung von Pflichtwerten verbindet, findet sich vornehmlich unter Mitgliedern einer arrivierten Elite. Diese Elite verteidigt mit Meritokratie und Anstand die Prinzipien, auf die sie ihren eigenen sozialen Status zurückführt. Dem steht als Gegenpol ein „desillusionierter Materialismus“ bei Personen gegenüber, die – verglichen mit der Generation ihrer Eltern – die Erfahrung sozialen Abstiegs vor Augen oder schon hinter sich haben, sich dabei bar aller Ressourcen wissen, ihre Lage von sich aus wenden zu können, und die größte Distanz gegenüber allen Gesellschaft begründenden Leitwerten wie Leistung und Regelgehorsam einnehmen. Skeptisch zeigen sie sich auch gegenüber dem Wert der Solidarität. Denn sie misstrauen aufgrund ihrer Erfahrungen dem mit solchen Leitorientierungen verbundenen Versprechen, die Ausrichtung an ihnen verbürgt den Erfolg des eigenen Lebensprojekts.

Roßteutscher schließt aus Beobachtungen dieser Art, dass die „politisierende Wirkung von Sozialstruktur“ keineswegs bedeutungslos geworden ist (2002: 379). Allerdings sei sie „komplexer, instabiler und weniger leicht durchschaubar“ (ebd.), da sich zur Rolle der Berufsklasse weitere relevante sozialstrukturelle Dimensionen hinzugesellen, wie namentlich das Geschlecht, die Lebensphase sowie die Erfahrung sozialer Schließung (im Vergleich zur Elterngeneration). Verglichen mit Müllers Ansatz erweitert Roßteutscher die Perspektive, indem sie weitere Dimensionen namhaft macht, die für die Transformation der Logik von Handlungsoptionen in politische Ordnungsvorstellungen wesentlich sind. In dieser gegenüber der klassischen Triade von Bildung, Beruf und Einkommen gesteigerten Komplexität stellt sie das Problem neu, welche politischen Konsequenzen die Struktur sozialer Ungleichheit hat.

In demselben Sinn betont Vester, dass in „Alltagsmilieus“ mit ihrem je typischen Zusammenhang von „äußere(r) Lebensstellung und innere(m) Habitus“ jene Verarbeitung von sozialen Erfahrungen zu stabilen politischen „Ordnungsmodellen“ stattfindet, die der Wahrnehmung der Politik und dem politischen Handeln Perspektive und Maß geben (Vester 2006: 11, 15). Das untermauert die Studie von Neugebauer (2007) über „politische Milieus in Deutschland“. Die Studie bestimmt „politische Milieus“ durch Einstellungen, die anhand von Wertekonflikten ermittelt werden (Neugebauer 2007: 26). Milieus werden operational durch je typische „Wertesynthesen“ gebildet (ebd.: 92). In ihrer Beschreibung lassen sie sich aber darüber hinaus durch spezifische Merkmale ihrer sozialen, insbesondere ihrer beruflichen Lage auszeichnen. Neugebauer legt Porträts

18 Der Begriff des „Interesses“, mittels dessen Müller den Zusammenhang zwischen Klassenlage und politischen Präferenzen zu erklären sucht, wird von ihm in einem weiten Sinn gebraucht. Er schließt gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen und damit assoziierte Handlungsorientierungen ein. Daher lässt sich Müllers Interessenbegriff – trotz divergierender Terminologie – mit der Kategorie der „Wertorientierung“ zusammendenken, die Roßteutscher (2002) in das Zentrum ihrer Überlegungen zum Zusammenhang von Sozialstruktur und politischer Haltung stellt. Wenn Müller die Rolle von Wertorientierungen für politische Präferenzen dementiert, so beschränkt er sich bei seinem empirisch untermauerten Urteil auf den Inglehartschen Postmaterialismus-Index (Müller 1998: 36). Differenzierte Wertedimensionen, wie Roßteutscher sie nutzt, hat Müller nicht bearbeitet.

für „politische Milieus“ vor, die in vielem den von Vester u. a. (1993) charakterisierten „Politikstilen“ stark ähneln.¹⁹ Vor allem aber stehen die Einstellungssyndrome, die nach Neugebauers Festlegung ein „politisches Milieu“ ausmachen, in einem *plausibel lesbaren* Zusammenhang zur sozialen Lage und den individuellen Ressourcen, sie zu bewältigen. Der soziale Erfahrungskontext legt augenscheinlich eine Idee der gesellschaftlichen Ordnung sowie eine Vorstellung von den nötigen oder entbehrten Leistungen der Politik nahe. So überrascht es nicht, dass ein wirtschaftsliberales Staatsverständnis bei jener Leistungselite besonders stark vertreten ist, die darin die passende Ordnung für ihren erprobten virtuosen Umgang mit Marktgesetzen wahrnehmen kann. Dagegen sind chauvinistische Auffassungen, die die bescheidenste Form der Teilhabe, die entlohnte Arbeit in fremden Diensten, als *Vorrecht* vor Ausländern reklamieren, vorzugsweise in vom Abstieg bedrohten oder erfassten Milieus anzutreffen. Angehörige dieser Milieus haben sich in ihrer Erwartungshaltung auf ihren inferioren Platz in der Gesellschaft eingestellt, wissen sich aber zugleich außerstande, diesen Platz ohne politisches Patronat allein mit eigenen Mitteln zu verteidigen. Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung gelangt Roßteutscher. Sie identifiziert das Wertemuster eines „autoritären Materialismus“, der Regelgehorsam verlangt, Wohlstand nur als Lohn harter Leistung anerkennt und Partizipationsbestrebungen ebenso wie Solidarität verachtet, bei alten, gering gebildeten Männern in prekären, von sozialem Abstieg bedrohten Lagen, in die sie ihre gering entlohten Arbeitseinkommen versetzt haben (Roßteutscher 2002: 375).

Von dieser defensiven ideellen Selbstbehauptung unterscheidet sich das offensive, fordernd auftretende Weltbild junger urbaner Milieus von Hochgebildeten. Dass Partizipation nicht allein als Instrument zur Durchsetzung eines persönlichen Gewinns taugt, sondern einen Wert an sich darstellt, ist als Haltung besonders bei jener „kritischen Bildungselite“ anzutreffen, die ihrem (zum Teil erst erstrebten) sozialen Aufstieg durch Qualifizierung die Regel entnimmt, dass der freien individuellen Entfaltung und Betätigung eine diesem Grundsatz verpflichtete Ordnung unterlegt sein muss (Neugebauer 2007: 87-92). Ganz ähnlich erkennt Roßteutscher im „Postmaterialismus“, der Selbstverwirklichung und Autonomie als Zielwerte mit Solidarität und Skepsis gegenüber Autoritäten verbindet, den präskriptiven Gesellschaftsentwurf einer jungen, überwiegend weiblichen Bildungselite mit noch prekärem Erwerbsstatus, die eine unabhängige Position erst erringen will (Roßteutscher 2002: 375). Auf diese Weise können *politische Weltbilder als Projektion* rekonstruiert werden, in der die den individuellen Ressourcen eingeschriebene *Logik des Handelns* zu einer Perspektive transformiert wird, die die Wahrnehmung und Beurteilung von Politik organisiert.

19 Das gilt etwa für Neugebauers Charakterisierung der „kritischen Bildungselite“, die dem Typus der „Radikaldemokraten“ bei Vester u. a. gleicht, ferner für die „bedrohte Arbeitnehmermitte“ – die „Skeptisch-Distanzierten“ bei Vester u. a., die „zufriedenen Aufsteiger“ – „Gemäßigt-Konservative“, „selbstgenügsame Traditionalisten“ – „Enttäuscht-Apathische“ usf. Es scheint sich hier eine Beobachtung zu bestätigen, die Hradil mit Blick auf die Milieu- und Lebensstilforschung formuliert: Die empirische Forschung findet – trotz divergierender Vorgehensweisen und differenter Analyse- und Beschreibungsstrategien – inhaltlich ähnliche Konfigurationen (Hradil 1996: 17f.), auch wenn es ihr schwer fällt, die Regel in dieser Regelmäßigkeit namhaft zu machen.

Zwischenfazit: Konstituenten politischer Milieus

Aus der Diskussion der (politischen) Milieuforschung lassen sich mit Blick auf eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Analyse politischer Kommunikation folgende Schlussfolgerungen festhalten:

1. Die Haltung gegenüber der Politik, die auch die Art der mediengestützten politischen Vorstellungs- und Meinungsbildung bestimmt, wird durch folgende Dimensionen geprägt:

- das durch den sozialen Ort in der Hierarchie gesellschaftlicher Lebenslagen zugemessene „Ausstattungsniveau“ an individuellen Ressourcen der Lebensführung, die mit ihrer „praktischen Logik“ eine die Wahrnehmung organisierende handlungsleitende Perspektive vorgeben;
- die biographische Perspektive, die sich in individueller Hinsicht durch die Phase im Lebenszyklus in Verbindung mit dem „Ausstattungsniveau“ an ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapitalien (Otte 2004) und gesamtgesellschaftlich durch die Erfahrung der Öffnung oder Schließung sozialer Räume und Gelegenheitsstrukturen ergibt (Vester u. a. 1993);
- den politischen Einstellungen unterlegte übergreifende Wertorientierungen, die teils in den beiden vorgenannten Erfahrungsbereichen wurzeln, teils aus der Sozialisation im – historisch sich wandelnden – Umfeld vorherrschender Wertauffassungen hervorgehen (vgl. die Dimension der „Modernität“ bei Otte 2004).

Das Zusammenwirken dieser Dimensionen *konstituiert* „politische Milieus“. Die Analyse der Rolle der Medien sollte in Rechnung stellen, inwieweit die politische Vorstellungs- und Meinungsbildung – von dem Grad des politischen Interesses über Art und Ausmaß des Zugriffs auf Politikinformationen bis zum Modus der Meinungsbildung – durch die Einbindung in politische Milieus formiert ist. Das ist eine Voraussetzung für die *lebensweltliche Validität* kommunikationswissenschaftlicher Forschung. Ohne diese theoretische Anbindung fehlt ihr eine Übersicht über die Kontextgebundenheit der Assoziationen, die sie zwischen Mediengebrauch und politischen Vorstellungen, Einstellungen und Handlungen beobachtet.

2. Wenn die politische Soziologie einen anhaltend wirksamen, wenn auch komplexer konfigurierten Zusammenhang zwischen sozial verorteten Interessen sowie Wertorientierungen einerseits und politischem Handeln andererseits diagnostiziert, so bleibt zu klären, was diesen Zusammenhang subjektiv vermittelt. Zu den in der Politikwissenschaft diskutierten Vermittlungsmechanismen gehören die sozialstrukturelle Homogenität sozialer Netzwerke und ihr Einfluss auf politische Handlungen (Pappi 2002: 41, Schoen 2005). Die Kommunikationswissenschaft kann dazu ihr Wissen um die enge Verzahnung von personaler und medialer Kommunikation beitragen. Eine Schlüsselrolle kommt ferner dem Bild von Agenda und Leistungen der Politik zu. Dieses Bild wird durch die Medien gezeichnet und verbreitet. Die Differenzen in den Politikporträts der Medien, die Angehörige unterschiedlicher politischer Milieus nutzen, tragen zur Divergenz in der Art politischer Urteilsbildung bei. Differenten Medienrepertoires und divergente Modi der Rezeption und Aneignung medialer Politikbilder gehen insofern *konstitutiv* in die Herausbildung politischer Milieus mit ein. Daher erscheint es auch umgekehrt angemessen, wenn die politische Milieuforschung sich das Vermögen der Kommunikationswissenschaft zu eignen

macht, mediale und personale Modi politikbezogener Kommunikation systematisch und in ihrem Zusammenhang zu bestimmen.²⁰

3. Politische Kommunikation im lebensweltlichen Kontext

Aus der Diskussion der kommunikationswissenschaftlichen Forschungsliteratur, der Arbeiten zur Milieuforschung sowie zur politischen Bedeutung der Sozialstruktur schälen sich die Elemente der Konfiguration heraus, innerhalb derer sich Prozesse der politischen Kommunikation verorten lassen. Den lebensweltlichen Rahmen bilden „soziale Milieus“ (Hradil) respektive „Alltagsmilieus“ (Vester). Milieus werden zum einen durch die Stellung im bzw. zum Erwerbsleben und einen darauf abgestimmten subjektiven Habitus konstituiert. Dieses generative subjektive Prinzip alltagspraktischer Wahrnehmungs- und Handlungsweisen wird darüber hinaus durch die biographische Perspektive (die Stellung im Lebenszyklus) sowie die Sozialisation in einer kohortenspezifisch dominanten politischen Kultur überformt. Soziale Milieus sind der Ursprung für gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen, die der Anschauung der Politik ihren maßgebenden Bezugspunkt verschaffen. Denn die für „politische Milieus“ typischen politischen Haltungen und „Wertesynthesen“ lassen sich als Projektion lesen, die den aus den Erfahrungen am eigenen sozialen Ort abgeleiteten Ansprüchen an Politik Legitimität und Geltung verschaffen will (Roßteutscher 2002: 350-352).

Zu dem habitusgeprägten Muster der Lebensführung eines sozialen Milieus gehört außerdem ein je typisches Repertoire an medialen Praktiken sowie an Formen der Gesellschaft. Der Gebrauch von Medien sowie Art und Intensität personaler politischer Kommunikation fügen sich regelhaft zu Mustern zusammen. Emmer, Füting und Vowe (2006) rekonstruieren diesen Zusammenhang. Auf induktivem Wege ermitteln sie Typen politischen Kommunizierens, in deren Charakterisierung sie neben der interpersonalen und der rezeptiv-medialen Kommunikation auch Formen der Partizipation mit aufnehmen.²¹ Politische Inklusion und Partizipation einerseits und politische Kommunikation andererseits sind demnach systematisch miteinander verschränkt. Die Beziehung wird durch die Politikwahrnehmung vermittelt.²²

Die Wahrnehmung und Beurteilung der Politik, das Wissen, das ihr zugrunde liegt, die Maßstäbe, die dafür herangezogen werden, und die Formen der Urteilsbildung selbst haben einen doppelten Ausgangspunkt: einerseits in gesellschaftspolitischen Ordnungs-

20 Roßteutscher (2002: 355) macht explizit auf die Notwendigkeit einer Medienanalyse aufmerksam, um den Zusammenhang von Wertorientierungen und Sozialstruktur vollständig zu begreifen. Auch Gabriel und Keil verlangen in ihrem Ausblick auf die Aufgaben und Entwicklungsperspektiven der Wahlforschung eine stärkere Berücksichtigung der Rolle der Mediennutzung (Gabriel / Keil 2005: 640).

21 Es bleibt erwägswert, die Partizipationsformen als eigenständige Dimension zu betrachten. Denn es ist denkbar, dass sich Kommunikationsmuster z. B. bei Angehörigen einer arrivierten professionellen Elite und bei den Mitgliedern einer aufstrebenden Bildungselite ähneln, ihre Partizipationsformen sich aber aufgrund des Gegensatzes zwischen konservativer und oppositioneller Haltung zur praktizierten Politik unterscheiden. Daher sollte empirisch geklärt werden, welche Beziehungen sich zwischen Kommunikationsmodi und Partizipationsformen auffinden lassen.

22 Der Typus politischen Kommunizierens hängt auch mit dem sozialstrukturell beschreibbaren Niveau der individuellen Ausstattung mit Ressourcen zusammen. Emmer, Füting und Vowe beobachten beispielsweise, dass das Ausmaß politischer Aktivität mit dem Einkommen wächst (2006: 231).

vorstellungen („politisches Milieu“), andererseits in Modi politischer Kommunikation, deren Unterschiede sich aus der differenten Qualität der genutzten Politikdarstellungen im Verein mit divergenten Routinen der Informationsverarbeitung sowie unterschiedlichen Praktiken der kommunikativen Validierung medialer Darstellungen in der personalen Kommunikation ergeben. Kommunikationsmodus und Zugehörigkeit zu einem politischen Milieu sind systematisch aufeinander bezogen. Für die Korrespondenz von politischem Einstellungssystem und Kommunikationspraxis sorgt ihr *gemeinsamer Ursprung* in einer Lebensweise, deren subjektive Klassifikationsregeln und Maximen auf den jeweiligen sozialen Ort abgestimmt sind.

Politisches Handeln (also Wahlpräferenzen, Wahlverweigerung oder Wahlverzicht, das Engagement in intermediären Organisationen oder der situative Einsatz für partikulare Anliegen) lässt sich dann als das Produkt einer maßgebenden politischen Einstellung in Verbindung mit einer Wahrnehmung der politischen Lage begreifen, welche diese Lage als Gelegenheit, Herausforderung oder Blockade partizipatorischer Anstrengungen verbucht. Vermittels dieser subjektiven Politikwahrnehmung nehmen die medialen Politikbilder – gesteuert und moderiert durch die Einstellungstypen politischer Milieus – Einfluss auf politisches Handeln.

Das *Gefüge* dieser Größen dürfte für die verschiedenen sozialen Milieus eine je typische Ausprägung annehmen. Das sollte sich auch im Unterschied in Art und Stärke der Assoziation zwischen den Elementen des Gefüges niederschlagen. So lässt die vorliegende Beschreibung eines „traditionell konservativen Lagers“ (Vester 2006: 15; vgl. auch Neugebauer 2007: 71f.) mit seinen hierarchieorientierten Ordnungsvorstellungen erwarten, dass sich seine Angehörigen über Zustand und Entwicklung der Ordnung, die sie als ihren angemessenen gesellschaftlichen Rahmen begreifen, auf dem Laufenden halten und entsprechende Kommunikationsroutinen ausbilden; sie dürfen sich aber gemäß Einstellung und Wahrnehmung kaum zu aktiver Partizipation herausgefordert sehen, um die Dinge „in Ordnung“ zu halten, solange diese Ordnung nicht durch oppositionelle Bestrebungen massiv herausgefordert scheint. Dagegen dürfte im Lager der „Sozialintegrativen“, die ihre ambitionierte Vorstellung politisch gesicherter Teilhabe- und Schutzrechte noch nicht wahr gemacht sehen und sich zugleich berechtigt und imstande wissen, dafür einzustehen, kommunikative und partizipatorische Praxis eng verzahnt sein. Wenn kommunikationswissenschaftliche Studien aufs Ganze gesehen nur eine schwache Beziehung zwischen der Intensität der Informationsnutzung und der politischen Partizipation feststellen, dann mag das also auch darauf zurückzuführen sein, dass sie zwar Unterschiede im Bildungsgrad berücksichtigen, nicht jedoch maßgebliche Unterschiede zwischen Menschen, die über dieselben Bildungszertifikate verfügen, sich aber in Lebenslage und Lebensorientierung und der darin begründeten Partizipationspraxis gründlich unterscheiden.

Dieser auch für die Kommunikationspraxis maßgebliche Unterschied wird bei einer Betrachtungsweise überdeckt, die sich allein an den klassischen soziodemografischen Indikatoren orientiert. So mögen „Konservative“ und „Sozialintegrative“ gleichermaßen gebildet sein und gleichermaßen häufig die Tageszeitung lesen. Aber sie werden auf der Themenebene ihr Medienrepertoire vermutlich unterschiedlich zusammenstellen und auch die Verzahnung von medialer und personaler Kommunikation auf je eigene Art gestalten. Die Mediennutzung erfüllt bei näherem Hinsehen doch unterschiedliche Funktionen für die beiden soziodemografisch und sogar in dem Ausmaß ihres Medienkonsums in Teilen ähnlichen, aber politisch divergierenden Milieus. Die Differenzierung zwischen Milieus – wie am Beispiel der „Konservativen“ und der „Sozialintegrativen“ skizziert – könnte dann helfen, die Frage nach den Funktionen der Mediennutzung prä-

ziser zu stellen und zu aussagekräftigeren Ergebnissen über den Zusammenhang von Mediengebrauch und Partizipation zu kommen.

Das gilt entsprechend für die Analyse der Unterschiede in der Kommunikationspraxis von Personen mit divergierendem sozialem Status. Die „Enttäuscht-Autoritären“, die ihrer Lage die Gewissheit entnehmen, dass sie von der Politik nicht die Ordnung stiftenden Leistungen erwarten dürfen, die sie zu brauchen meinen (Vester 2006: 16; vgl. Neugebauer 2007: 81), werden vermutlich auch keinen Grund kennen, sich auf mehr als beiläufige Weise mit dem politischen Geschehen auseinanderzusetzen. Das entspräche dem Bild, das Emmer, Füting und Vowe (2006) vom Kommunikationstyp der „passiven Mainstreamers“ zeichnen. Die Gewissheiten des Politikbildes der „Enttäuscht-Autoritären“ wurzeln in einer Einstellung, die durch die Entkopplung von Prozessen reflexiver Kommunikation hermetisch wird. Der Zusammenhang zu Kommunikationsmodi und Handlungsformen dürfte eher lose ausgebildet und volatil ausfallen. Angehörige dieses „politischen Milieus“ mögen mal zur Wahl gehen, mal nicht, regelmäßig eine Regionalzeitung lesen oder nicht; mit ihrer politischen Haltung lassen sich diese verschiedenartigen äußereren Handlungen gleichermaßen vereinbaren.

Damit werden Medieninformationen aber nicht belanglos. Die politische Haltung dieses Milieus lässt vielmehr einen Kommunikationsmodus vermuten, in dem gerade „peripherie“ Eindrücke für die Verfestigung etablierter Politikbilder genutzt werden. Kommunikationswissenschaftliche Studien ermitteln, dass der Einfluss der Personenbewertung auf die Wahlentscheidung vom Grad der Personen- bzw. Themenorientierung abhängt. Was prägt nun diese Orientierung und damit die folgenreiche Bedeutung mediatisierter Personenimages? Es ist plausibel anzunehmen, dass „Sozialintegrative“, die auf eine Korrektur von politischen Entscheidungen aus sind, nicht *im selben Maße* personenorientiert urteilen wie „Enttäuscht-Autoritäre“, die einem paternalistischen Politikverständnis anhängen. Es ist ebenso plausibel davon auszugehen, dass „Konservative“, die ihre meritokratischen Lebensprinzipien verteidigt sehen wollen, und „Enttäuscht-Autoritäre“, die den erklärten Gemeinwohlprinzipien misstrauen, Personen- und Themenorientierung nicht *auf die gleiche Weise* miteinander vermitteln. Dann macht es aber Sinn, die Frage nach der Bedeutung medienvermittelter Personenimages im Wissen um die Unterschiede zwischen Modi der Urteilsbildung in verschiedenen politischen Milieus differenziert zu stellen.

Auf Basis einer milieuorientierten Perspektive ließe sich des Weiteren fragen, inwiefern – bei wem, im Kontext welcher Einstellungen usf. – das „politische Interesse“ zur habituellen Regel wird, die – wie vielfach in kommunikationswissenschaftlichen Studien festgestellt – Art und Ausmaß des Zugriffs auf Medien bestimmt. Ferner ließe sich mit der Ausleuchtung des Milieuhintergrundes eine Interpretation dafür finden, wieso der Konsum von Fernsehunterhaltung mit negativen Politikvorstellungen einhergeht (von denen *in* den Medienangeboten keine Rede ist), wie es die Studien zur „Unterhaltungsmailaise“ feststellen. So könnte eine milieutheoretisch fundierte Herangehensweise helfen, die lebensweltlichen Umstände zu bestimmen, von denen die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe, der die Kommunikationswissenschaft auf der Spur ist, abhängt.

Literatur

- Brettschneider, Frank (Hrsg.) (2002): Das Ende der politisierten Sozialstruktur. Opladen.
- Brettschneider, Frank / Deth, Jan van / Roller, Edeltraud (2002): Sozialstruktur und Politik. Forschungsstand und Forschungsperspektiven. In: Brettschneider, Frank (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur. Opladen, 7-22.

- Bourdieu, Pierre (1989): *Die feinen Unterschiede*. Frankfurt am Main.
- Dahlem, Stefan (2001): *Wahlentscheidung in der Mediengesellschaft*. Freiburg, München.
- Druckman, James N. (2005): Media matter. How Newspapers and Television News Cover Campaigns and Influence Voters. In: *Political Communication*, 22: 463-481.
- Emmer, Martin / Füting, Angelika / Vowe, Gerhard (2006): Wer kommuniziert wie über politische Themen? Eine empirisch basierte Typologie individueller politischer Kommunikation. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, Jg. 54 (2): 216-236.
- Eveland, William P. Jr. (2004): The Effect of Political Discussion in Producing Informed Citizens. The Roles of Information, Motivation, and Elaboration. In: *Political Communication*, 21: 177-193.
- Eveland, William P. Jr. / Hayes, Andrew F. / Shah, Dhavan V. / Kwak, Nojin (2005): Understanding the Relationship Between Communication and Political Knowledge. A Model-Comparison Approach Using Panel Data. In: *Political Communication*, 22: 423-446.
- Eveland, William P. Jr. / Thomson, Tiffany (2006): Is it Talking, Thinking, or Both? A Lagged Dependent Variable Model of Discussion Effects on Political Knowledge. In: *Journal of Communication* 56 (3): 523-542.
- Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.) (2005): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden.
- Gabriel, Oskar W. / Keil, Silke I. (2005): Empirische Wahlforschung in Deutschland: Kritik und Entwicklungsperspektiven. In: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden, 611-641.
- Gattig, Alexander (2006): Klasseneinflüsse auf das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung. Resultate aus der Bundesrepublik Deutschland und den USA. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 58 (3): 510-533.
- Geiling, Heiko / Vester, Michael (2007): Das soziale Kapital der politischen Parteien. Die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit. In: Brettschneider, Frank / Niedermayer, Oskar / Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden, 457-489.
- Goldthorpe, John H. / Lockwood, David / Bechhofer, Frank / Platt, Jennifer (1970): Der „wohlhabende“ Arbeiter in England. Bd. II – Politisches Verhalten und Gesellschaft. München.
- Graber, Doris A. (2005): Political Communication Faces the 21st Century. In: *Journal of Communication*, 55: 479-507.
- Hradil, Stefan (1996): Sozialstruktur und Kultur. Fragen und Antworten zu einem schwierigen Verhältnis. In: Schwenk, Otto G. (Hrsg.): *Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturstudien*. Opladen, 13-30.
- Hradil, Stefan (2001): Eine Alternative? Einige Anmerkungen zu Thomas Meyers Aufsatz „Das Konzept der Lebensstile in der Sozialstrukturforschung“. In: *Soziale Welt*, 52: 273-282.
- Hradil, Stefan (2006): Soziale Milieus – Eine praxisorientierte Forschungsperspektive. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44-45: 3-10.
- Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxon, Ulrich (Hrsg.) (1998): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Opladen, Wiesbaden.
- Jeffres, Leo W. / Atkin, David / Neuendorf, Kimberly A. (2002): A Model Linking Community Activity and Communication With Political Attitudes and Involvement in Neighbourhoods. In: *Political Communication*, 19: 387-421.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge.
- Lazarsfeld, Paul F. / Berelson, Bernard / Gaudet, Hazel (1944): *The People's Choice*. New York.
- Mochmann, Ingvill C. / El-Menouar, Yasemin (2005): Lifestyle Groups, Social Milieus and Party Preference in Eastern and Western Germany. Theoretical Considerations and Empirical Results. In: *German Politics*, 14: 417-437.
- Moy, Patricia / Gastil, John (2006): Predicting Deliberative Conversation. The Impact of Discussion Networks, Media Use, and Political Cognitions. In: *Political Communication*, 23: 443-460.
- Müller, Walter (1998): Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 50 (1): 3-46.
- Müller, Walter (2000): Klassenspaltung im Wahlverhalten – eine Reanalyse. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 52 (4): 790-795.
- Neugebauer, Gero (2007): *Politische Milieus in Deutschland*. Bonn.

- Otte, Gunnar (2004): Sozialstrukturanalysen mit Lebensstilen. Eine Studie zur theoretischen und methodischen Neuorientierung der Lebensstilforschung. Wiesbaden.
- Pappi, Franz Urban (2002): Die politisierte Sozialstruktur heute. Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotenzial? In: Brettschneider, Frank (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur. Opladen, 25-46.
- Pinkleton, Bruce E. / Austin, Erica Weintraub (2001): Individual Motivations, Perceived Media Importance, and Political Disaffection. In: Political Communication, 18: 321-334.
- Price, Vincent / Cappella, Joseph N. / Nir, Lilach (2002): Does Disagreement Contribute to More Deliberative Opinion? In: Political Communication, 19: 95-112.
- Roßteutscher, Sigrid (2002): Kein Ende in Sicht. Sozialstruktur als Instrument im Kampf der Deutungen. In: Brettschneider, Frank (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur. Opladen, 349-389.
- Scheufele, Dietram A. / Nisbet, Matthew C. / Brossard, Dominique / Nisbet, Erik C. (2004): Social Structure and Citizenship. Examining the Impacts of Social Setting, Network Heterogeneity, and Informational Variables on Political Participation. In: Political Communication, 21: 315-388.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2003): Wirkungen politischer Kommunikation. Massenmediale und interpersonale Einflüsse auf die Wahlentscheidung. In: Esser, Frank / Pfetsch, Barbara (Hrsg.): Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Wiesbaden, 336-368.
- Schoen, Harald (2005): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden, 135-185.
- Schulz, Winfried (2001): Politische Mobilisierung durch Mediennutzung? Beziehungen zwischen Kommunikationsverhalten, politischer Kompetenz und Partizipationsbereitschaft. In: Koch, Achim / Wasmer, Martina / Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen, 169-194.
- Schulz, Winfried (2008): Politische Kommunikation. Wiesbaden.
- Shah, Dhavan V. (1998): Civic Engagement, Interpersonal Trust, and Television News. An Individual-Level Assessment of Social Capital. In: Political Psychology, 19: 469-496.
- Sotirovic, Mira / McLeod, Jack M. (2001): Values, Communication Behaviour, and Political Participation. In: Political Communication, 18: 273-300.
- Stein, Petra / Kelleter, Kai (2002): Mediennutzung und politische Partizipation. Eine Analyse finiter Mischungen konditionaler LISREL-Modelle zur Identifikation heterogener Subpopulationen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 54: 281-303.
- Valentino, Nicholas A. / Beckmann, Matthew N. / Buhr, Thomas A. (2001): A Spiral of Cynicism for Some. The Contingent Effects of Campaign News Frames on Participation and Confidence in Government. In: Political Communication, 18: 347-367.
- Vester, Michael / von Oertzen, Peter / Geiling, Heiko / Hermann, Thomas / Müller, Dagmar (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Köln.
- Vester, Michael (2006): Soziale Milieus und Gesellschaftspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 44-45: 10-17.
- Weiß, Ralph (2009): Pierre Bourdieu – Habitus und Alltagshandeln. In: Hepp, Andreas / Krotz, Friedrich / Thomas, Tanja (Hrsg.): Schlüsselwerke der Cultural Studies. (Im Druck)